

Günther Hörbst, Hamburger Abendblatt, 11./12. August 2001

Brennpunkt des Kalten Krieges

Berlin vor 40 Jahren. Die Stadt an der Schnittstelle zwischen Ost und West war im Sommer 1961 ein Spielball der Großmächte. In diesem Klima wurde am 13. August die Mauer gebaut, Neue Dokumente enthüllen die politischen Ränkespiele

So konnte es einfach nicht weitergehen. Darin waren sich die Führer der DDR und ihre „großen Brüder“ in Moskau im Sommer 1961 einig. Denn der ostdeutsche Staat blutete langsam aus. Von 1949 bis 1961 flüchteten 2,7 Millionen Ostdeutsche aus der DDR in die Bundesrepublik – darunter 3400 Ärzte, 17 000 Lehrer und ebenso viele Ingenieure. Allein in den ersten sieben Monaten des Jahres 1961 türmten 160 000 Menschen.

Die Existenz der DDR war ernsthaft in Gefahr. Überall fehlten qualifizierte Arbeiter. Walter Ulbricht, der DDR-Staats- und Parteichef mit der Fistelstimme, bekniete deshalb den sowjetischen Führer Nikita Chruschtschow um sein Einverständnis für radikale Maßnahmen, die dem Flüchtlingsstrom endgültig ein Ende setzen sollten. Auf einer Tagung der Ersten Sekretäre der kommunistischen Parteien in Moskau am 5. August 1961 gab Chruschtschow seinen Segen.

An einem Sonntag, dem 13. August, begannen SED-„Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, Volkspolizei und Einheiten der Nationalen Volksarmee, 40 Kilometer Stacheldraht und Tausende Betonpflocke aufzustellen. Wenig später wurde aus dem Stacheldraht die Mauer, die Deutschlands Teilung für mehr als 28 Jahre zementierte.

„Für die Alliierten“, sagt der Zeithistoriker Rolf Steininger, Professor an der Universität Innsbruck, „war damit die deutsche Frage gelöst. Nach dem Ende der Berlinkrise war eine Wiedervereinigung kein Thema mehr. Die Claims unter den Machtblöcken waren abgesteckt – auf Kosten der Deutschen.“ Steininger hat pünktlich zum 40. Jahrestag des Mauerbaus ein bemerkenswertes Buch geschrieben, das die Positionen der Alliierten zur deutschen Frage darstellt.

Das Fazit seiner Studien: „Es war vieles anders, als wir es bislang angenommen haben.“ Doch der Reihe nach. Begonnen hatte alles am 10. November 1958, als Nikita Chruschtschow eine der gefährlichsten Krisen des Kalten Krieges auslöste. Der Sowjet-Führer stellte den Westmächten ein Ultimatum: Sollte Berlin nicht innerhalb von sechs Monaten zu einer entmilitarisierten, freien Stadt gemacht werden, werde er mit der DDR einen Separatfrieden unterzeichnen und ihr alle Kompetenzen übertragen. Ein klarer Verstoß gegen das Vier-Mächte-Abkommen, das die gemeinsame Verwaltung Groß-Berlins durch alle vier Siegermächte vorsah.

Warum machte Chruschtschow das? Das fragten sich auch die Führer der westlichen Welt. Ihre Stäbe lieferten folgende Erklärungen: Chruschtschow will die Entschlusskraft des Westens testen, das „Schlupfloch“ Berlin schließen und die Atombewaffnung der BRD verhindern. Denn vor einer zu starken Bundeswehr hatte Moskau große Angst. Chruschtschow antwortete auf die Frage, weshalb er es mit der Lösung der deutschen Frage so

eilig habe: „Ich bin gezwungenermaßen in Eile. Die deutschen Grenzen müssen festgeschrieben sein, bevor Hitlers Generäle Atomwaffen bekommen“ Die Sowjets waren nämlich überzeugt, dass immer noch die alten Nazi-Seilschaften am Werk waren. Chruschtschow ging davon aus, dass ein bewaffnetes Deutschland gegen Moskau marschieren würde, um sich Ostdeutschland zurückzuholen.

Die Aktion des Sowjet-Führers zielte im Grunde darauf ab, die westliche Schwachstelle in Berlin zu nutzen, um die nach dem Zweiten Weltkrieg gezogenen Grenzen festzuschreiben und die Anerkennung der DDR zu erreichen. Moskau empfand die Enklave West-Berlin wie „eine Gräte im Rachen“ seiner Einflusszone.

Chruschtschow machte die Rechnung damals jedoch ohne US-Präsident Dwight D. Eisenhower. Der im Zweiten Weltkrieg gestählte Vier-Sterne-General wollte der sowjetischen Erpressung nicht nachgeben. Im Gegenteil. Die Stabschefs erklärten dem Präsidenten, man müsse entschlossen sein, „falls alles andere scheitert, einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion zu führen“. Man rechnete damit, dass mindestens 67 Millionen Amerikaner sterben würden.

Diese Haltung zogen die Amerikaner auch bis zum Ende des Ultimatums am 27. Mai 1959 durch. Der „Tag X“ verstrich ohne Zwischenfälle. „Die US-Militärs waren keine Skat-Spieler“, sagt Steininger. „Die Jungs waren von Anfang an knallhart drauf. West-Berlin war zum Symbol für die westliche Lebensordnung und die Verlässlichkeit der USA geworden. Das konnten sie nicht einfach aufgeben.“

Aber auch Chruschtschow pokerte hoch. Er drohte ebenfalls mit Atomschlägen. Das machte die ganze Krise so heikel. Der damalige stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul Nitze sagte, die Berlinkrise sei gefährlicher gewesen als die Kuba-Krise. Denn über Jahre lag die Drohung des Atomkriegs in der Luft.

Das krasse Gegenteil der Amerikaner waren von Beginn an die Briten. „Die bekamen sofort weiche Knie“, sagt Steininger. „Sie wollten mit den Sowjets verhandeln und die DDR anerkennen.“ Eisenhower und Frankreichs Präsident Charles de Gaulle lehnten die Pläne des britischen Premiers Harold Macmillan ab. Steininger nennt das Verhalten der Engländer „furchtbar“.

Denn er stöberte ein bislang unbekanntes Dokument vom Februar 1962 auf, in dem geschrieben steht, dass die Briten keine Wiedervereinigung wollten. Ihnen war es recht, dass alles so blieb wie es war, „mit der DDR als schlechtem Aushängeschild und Belastung der Sowjetunion“. 1954 hatten die Briten allerdings einen Vertrag unterzeichnet, der sie zur Unterstützung der deutschen Wiedervereinigung verpflichtete. „Gleich bei der ersten Krise war ihnen der Vertrag schnuppe“, sagt Steininger. „Ein Skandal.“

Macmillan mochte die Deutschen nicht, und am wenigsten mochte er Kanzler Konrad Adenauer, den er einen Opportunisten nannte. Der Briten-Premier sah überall Nazis in der Bundesrepublik, und ihm graute vor einem militärisch zu starken Deutschland. Für den Innsbrucker Historiker war Macmillan „der beste Verbündete Chruschtschows“.

Einer, der merklich auf die Linie der Briten einzuschwenken begann, war John F. Kennedy, der neue Präsident der USA. Mit ihm wurde Anfang 1961, so Steininger, „fast alles anders“. Er suchte Kompromisse und war bereit, alliierte Grundsatzpositionen aufzugeben, was nur auf Kosten der Deutschen ging. „Die Deutschen waren ab 1961 kaum

mehr als ein lästiges Anhängsel der Alliierten“, sagt Steininger. „Ein Verbündeter zwar, doch einer, der es nicht wagen sollte, Ansprüche anzumelden.“

Doch trotz aller Kompromiss-Bemühungen lief erst noch alles auf den Showdown hinaus. Dean Acheson, der Sonderberater Kennedys und frühere Außenminister, schrieb in einem 35-Seiten-Report, wie sich die Westmächte auf einen umfassenden Krieg in Europa vorzubereiten hatten. Ein massives Rüstungsprogramm wurde gestartet. In seiner Rede an die Nation vom 25. Juli 1961 formulierte Kennedy zudem drei Grundsätze für West-Berlin, die so genannten „Essentials“: Recht auf Zugang, Recht auf Präsenz und die Freiheit der Berliner. „Keinem in Deutschland fiel auf, dass nur noch von West-Berlin die Rede war“, wundert sich Steininger. „Es ging Kennedy nicht mehr um Deutschland oder Berlin als Ganzes.“

Chruschtschow hatte da wohl sein Aha-Erlebnis. Denn er hatte verstanden, dass Kennedy nicht selbstständig entschied, sondern vom „militärisch-industriellen Komplex“ kontrolliert wurde. „Das machte die Sache aber unkalkulierbar“, sagt Steininger. Von Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß hatten die USA bei dessen Besuch im Pentagon im Sommer 1961 verlangt, ihm schon mal einen sowjetischen Truppenübungsplatz in der DDR zu nennen, der als Ziel für einen Atombombenabwurf geeignet wäre. Auch Adenauer war vor den Kopf gestoßen. Er wollte zwar die Auseinandersetzung mit den „Soffjets“, wie er sie nannte, doch keinen Krieg im eigenen Land.

Kurze Zeit später sah Chruschtschow ein, dass er mit Drohungen nichts erreichen würde. Also machte die DDR die Grenzen dicht. Wussten die Westmächte davon? Steininger: „Das Wort 'Mauer' habe ich in keinem offiziellen westlichen Dokument gefunden – wohl aber 'Abriegelung der Sektorengrenze““. Das schrieb die CIA schon am 1. November 1957. Der Moskauer US-Botschafter Llewellyn Thompson kabelte die Prognose der „Abriegelung“ im März 1961 nach Washington. US-Senator William Fulbright meinte am 30. Juli 1961, er verstehe nicht, „warum die Ostdeutschen nicht ihre Grenze schließen; denn ich glaube, dass sie ein Recht dazu haben.“

Kein Wunder also, dass die Westmächte nicht panisch reagierten, als die Mauer kam. Die Deutschen erwarteten scharfe Reaktionen des Westens, doch die blieben aus. Und sie blieben deshalb aus, weil vor allem Kennedy und Macmillan nun mit den Sowjets verhandeln wollten. Allerdings ohne Wissen der Deutschen. Denn die wurden bei der Lösung der Berlinkrise nur noch als Hindernis empfunden. So bürstete der US-Präsident den damaligen Bürgermeister von West-Berlin, Willy Brandt, gnadenlos ab, als der ihm einen geharnischten Brief schickte. Kennedy meinte, deutsche Politiker sollten „ihre Schnauzen ruhig in den Schweinetrog Berlin stecken“ und selbst mit den Sowjets verhandeln.

Mitten in diese Verhandlungs-Diplomatie platzte dann nochmals ein brisanter Zwischenfall. Weil der stellvertretende Chef der US-Mission in Berlin, Edwin A. Lightner, am 22. Oktober 1961 auf der Fahrt nach Ostberlin von DDR-Grenzern angehalten und dies von den Amerikanern als Provokation empfunden wurde, rollten Panzer vor dem berühmten „Checkpoint Charlie“ an der Friedrichstraße auf. Jeweils 10 amerikanische und sowjetische Panzer standen sich tagelang scharf munitioniert gegenüber.

„Hätte da einer falsch reagiert, wäre es vielleicht zur Katastrophe gekommen“, meint Steininger. Kennedy und Chruschtschow beendeten die Krise schließlich durch einen

Geheimkontakt. Kennedy war immer schon der Ansicht, dass es sich nicht lohne, wegen zwei Millionen West-Berlinern, deren Rechte nicht einmal beschnitten waren, einen Atomkrieg vom Zaun zu brechen.

Mit dem Panzer-Treffen war die Berlin-Krise vorbei. Bitter war sie auf jeden Fall für die Deutschen. Sie mussten erkennen, dass sie nur ein kleines Rädchen im Spiel der Großmächte waren. Es war „die Stunde der Desillusion“ für alle, die den USA vertrauten, wie es der Fraktionschef der Union, Heinrich Krone, ausdrückte. „Für die Westmächte war Deutschland ein kleines Problem“, bilanziert Rolf Steininger, „ihnen ging es darum, die großen Probleme zu lösen: Anerkennung der Einflussphären und Festzurren der Oder-Neiße-Grenze.“

US-Botschafter Thompson empfahl schon 1961, man solle sich mit den Sowjets arrangieren, sieben bis neun Jahre warten und dann Verträge machen. Genau so ist es gekommen, „Die Westmächte konnten damals nur nicht wissen“, erklärte Steininger, „dass es mit Willy Brandt bereits einen Politiker gab, der ihre Vorstellungen Ende der 60er Jahre eins zu eins umzusetzen begann.“